

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin, Verl.: Berlin, Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 37 978.

Erheint täglich außer Montags

Anzeigenverm.: G. m. b. H., Verlag Bergmann & Co., Berlin, Postfach 16 172, Reichshauptstadt, Preisliste 18 172.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit ein. Zustellung: pro Woche 80 Pf., pro Monat 2.60 M., einschließlich Erhaltung des Postbezugs pro Monat 3.60 M., woch. Zeitungsbezug: Einzelband im Inland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 1. Zeile 2.50 Pf., die 2. Zeile 2.00 Pf., die 3. Zeile 1.50 Pf., die 4. Zeile 1.00 Pf., die 5. Zeile 0.75 Pf., die 6. Zeile 0.50 Pf., die 7. Zeile 0.40 Pf., die 8. Zeile 0.30 Pf., die 9. Zeile 0.25 Pf., die 10. Zeile 0.20 Pf., die 11. Zeile 0.15 Pf., die 12. Zeile 0.10 Pf., die 13. Zeile 0.08 Pf., die 14. Zeile 0.06 Pf., die 15. Zeile 0.05 Pf., die 16. Zeile 0.04 Pf., die 17. Zeile 0.03 Pf., die 18. Zeile 0.02 Pf., die 19. Zeile 0.01 Pf., die 20. Zeile 0.01 Pf.

Antifaschisten!
Wählt Kommunisten!
LISTE 3!

Ueber offenen Gräbern die Bruderhand gereicht

100 000 Antifaschisten in Friedrichsfelde — Gewaltiges Volksbegräbnis für die Genossen Berner, Kollatsch und Schulz — Gen. Pieck ruft zur antifaschistischen Kampfeinheit — Verbrüderung zwischen Arbeitern der SPD., SPD. und des Reichsbanners

Erwin Berner, Alfred Kollatsch und Paul Schulz, Söhne des werktätigen Berlin, feige gemeinhalt von brauner Mordhand, gestern haben wir sie der Erde übergeben. Aber das Werk, für das sie ihr Herzblut hergaben, die Schaffung der proletarischen Kampfeinheit gegen die faschistische Barbarei, dieses Werk ist unausstößbar eingeschrieben in Millionen Arbeiterherzen. Die Liden, die gerissen, tausendfältig werden sie geschlossen. Dafür war der gestrige Tag ein leuchtender Beweis.

Keine Zylinderhüte, keine glitzernden Epauletten, kein reicher Pöbel aus dem Westen, kein Staatsbegünstigter, bereitet von Industrieherrn, Junkern und Hohenzollernfürsten, aber ein übermächtiger Volksaufmarsch, ein graues Heer von zehntausenden Arbeitern und Arbeiterfrauen, das sich gestern mittag aus allen Teilen der Reichshauptstadt nach Friedrichsfelde in Bewegung setzte. Der Kranenmarsch verboten, und doch, die Straßen standen im Zeichen der proletarischen Kolonnen, der namenlosen Helmen und Kampfgeschichten der Toten, die trotz Stundenlanger Wege, trotz peinigenden Windes aus den Arbeiterbezirken des Wedding, Neukölln und des roten Ostens herbeiströmten und auf dem Friedhof zu einem unübersehbaren Heer zusammenfloßen. Zerbißener Schmerz in den Zügen, die Häupte geballt und doch truhig und festgewiß, getragen von dem einen Gedanken: Aus dem Blute unserer Toten muß die antifaschistische Kampfeinheit entstehen!

Das war das Große des gestrigen Tages, das wie ein dröhnender Ruf durch ganz Deutschland gehen muß: Ueber die offenen Gräber hinweg reichten sich kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zum gemeinsamen Kampf die Hand, leisteten den heiligen Schwur, das Vermächtnis Erwin Berners, Alfred Kollatschs und Paul Schulz zu erfüllen.

In den zahllosen Delegationen der Betriebe, aus den Arbeiterbezirken und von den Stempelstellen marschierten tausende sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern, Reichsbannergruppen, Abteilungen der sozialdemokratischen Arbeiterjugend rückten in geschlossenen Zügen an, um ihren Willen zur Einheitsfront der Toten zu manifestieren.

Partei Kampfschlüssigkeit war in ihren Gesichtern zu lesen, als der große Kampfgefährte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs, unser Genosse Wilhelm Pieck, an den Gräbern der unvergänglichen Blutopfer des Januar 1918; wo auch Erwin Berner, Erwin Kollatsch und Paul Schulz aufgebahrt wurden, das Wort ergriß und seine Rede zu einem hindreichenden Einheitsappell an alle Werktätigen steigerte:

„Genossen, wir haben uns hier an den Gräbern derjenigen verammelt, die hoch und heilig sind im Bewußtsein des Proletariats: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Hier sind die Kameraden vom Reichsbanner, aus der SPD., hier sind die Arbeiter aus den Großbetrieben, von den Stempelstellen, kommunistische, sozialdemokratische, parteilose Arbeiter. Lassen wir endlich den Entschluß, die eine Klassenfront, den Massenheitskampf aller Werktätigen auszurichten, dadurch, daß wir uns die Hände reichen, eine eiserne kämpfende Mauer bilden gegenüber der Bourgeoisie, gegenüber dem Unternehmertum und den braunen Banden, gegenüber allen Feinden der Arbeiterklasse. Lassen wir uns nicht mehr zurückhalten von dieser Blutsbrüderkraft, die uns verbindet als Klasse. Lassen wir uns nicht verkräften auf die Möglichkeiten, auf anderen Wegen als dem des Kampfes unsere Feinde zu überwinden. Warten wir nicht mehr! Lassen denn nicht jeden Tag die Opfer? Sollen die Arbeiter in Dred und Elend verkommen? Wollen wir warten vier Jahre lang? (Massenruf: Niemals!) Genossen vom Reichsbanner, ihre sozialdemokratischen Klassen Genossen, wir Kommunisten reichen euch über die Gräber unserer Toten die Bruderhand. Schlagt ein! Morgen die Einheit des Kampfes und geschlagen werden alle unsere Feinde!“

Als darauf der Vertreter der Reichsbannerdelegation auf diesen Appell erwiderte und in einer kurzen Ansprache ein festes Bekenntnis für die Einheitsfront der Toten ablegte, da ging eine tiefe Bewegung durch die Massen. Alle fühlten: Dieser Reichsbannerkamerad spricht nicht nur im Namen seiner Gruppe, er spricht im Namen von Millionen sozialdemokratischen Arbeiterbrüder in Stadt und Land. Und daß die Jugend hier, wo es um die Lebensfragen der Arbeiterklasse geht, sich mit in die vordersten Reihen der proletarischen Kampfeinheit stellt, davon zeugte das Gelächern des Vertreters der Sozialistischen Arbeiterjugend,

Reichsbanner- und Kampfbundkameraden tragen ihren toten Genossen zu Grabe



Reichsbannerarbeiter! Macht's wahr!

Im Namen der Reichsbannerkameraden vom Tiergarten führte der Genosse vom Reichsbanner an: Genossen, Genossinnen! Reichsbannerkameraden! Wieder trägt das rote Berlin drei Opfer zu Grabe, gemeinhalt von der braunen Mordpest. Es wird ihnen kein Staatsbegräbnis zuteil. Nach sind sie nicht gebettet in silbernen Särgen. Proletarierhände haben sie gebettet, Proletarier tragen sie zur letzten Ruhestätte.

Kameraden, Genossen! Das vergossene Blut der Toten mahnt uns in letzter Stunde, gemeinsam mit den Klassenbewußten kommunistischen Arbeitern zu kämpfen. Gemeinsam wollen wir die Massen kampffront herstellen. Im Angesicht ihrer gelochenen Augen geloben wir, Kameraden des Reichsbanners, die Aufgabe, für die die Toten gefallen sind, fortzusetzen und der faschistischen Mordpest ein Ende zu bereiten.

Lebt wohl, ihr Kameraden, du Kamerad Berner, der du gefallen bist im Kampf um die Einheitsfront! Leb wohl, du Kamerad Kollatsch, du Kamerad Schulz! Die Kameraden von Mosbit bewahren euch ein treues Andenken! Nicht umsonst sei euer Blut geflossen!

der im Angesicht unserer toten Kämpfer und aller Verammelten dem Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes die Hände reichte.

Die Gräber Erwin Berners, Alfred Kollatschs und Paul Schulz haben sich kaum geschlossen und schon durchdringt die Kunde von einem neuen Mord der braunen Banden die Berliner Arbeiterschaft.

SPD-Arbeiter, Reichsbannerkameraden, ihr, die ihr mit uns in Friedrichsfelde standet, seid in unseren Toten

auch eure Opfer erblicket, es genügt nicht, daß wir uns Angesichts unserer Gefallenen die Hände reichen, es geht um mehr, es geht um das Leben, um die Zukunft der Arbeiterklasse.

„Als in Stuttgart die braunen Mordhunden den sozialdemokratischen Bürgermeister niederbrachten, haben wir da einen Augenblick geögert, mit euch zu marschieren? Nein! Da waren wir alle zur Stelle, um uns an die Seite der sozialdemokratischen Arbeiter gegen den gemeinsamen Feind zu stellen. Die Betriebe standen still und zeugten von der Mieskraft, die das Proletariat entfaßt, wenn es im Kampfe einig ist.“

In Albed: Haben wir Kommunisten demagogische Phrasen von „Nichtangriffspatzen“ gebraucht, als es galt, die ganze Kraft der Arbeiterklasse gegen die frechen Naziprotestationen in die Waagschale zu werfen? Der eingekerkerte Sozialdemokrat Dr. Löber hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er ein Feind der kommunistischen Bewegung ist. Und doch haben wir die Massen aufgerufen, gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Klassen Genossen zusammenzustehen, weil es uns ernst ist mit der Einheitsfront der Toten gegen den Faschismus. Auch dort standen alle Röder still.

Und in Berlin? Hier lagen drei tote, Fleisch von eurem Fleisch, Blut von eurem Blut. Hat die SPD-Führung ihre Mitglieder und alle Werktätigen zum Massenprotest gegen die freigen Massenmorde aufgerufen? Hat der ADGB, die Betriebe

Aus dem Inhalt:

Grauenvolle Explosionskatastrophe in der Arbeiterstadt Neunkirchen

Rede des Gen. Pieck in Friedrichsfelde

Hitler verteuert Schmalz und Fleisch

Ihr Vermächtnis lebt!

Die proletarische Verbrüderung gegen den Faschismus in Friedrichsfelde

Eine unvergessliche Ehre hat das rote Berlin seinen drei Toten, Erwin Berner, Alfred Kollatsch, Paul Schulz, zuteil werden lassen. Das war mehr als ein Begräbnis. Die Sache für die Erwin Berner sein junges Leben opferte, die Sache der Arbeiterklasse, die rote Einheitsfront wurde an den Gräbern der drei jungen Kämpfer zu einem leuchtenden Symbol, das alle noch Zögernden aufrüttelt.

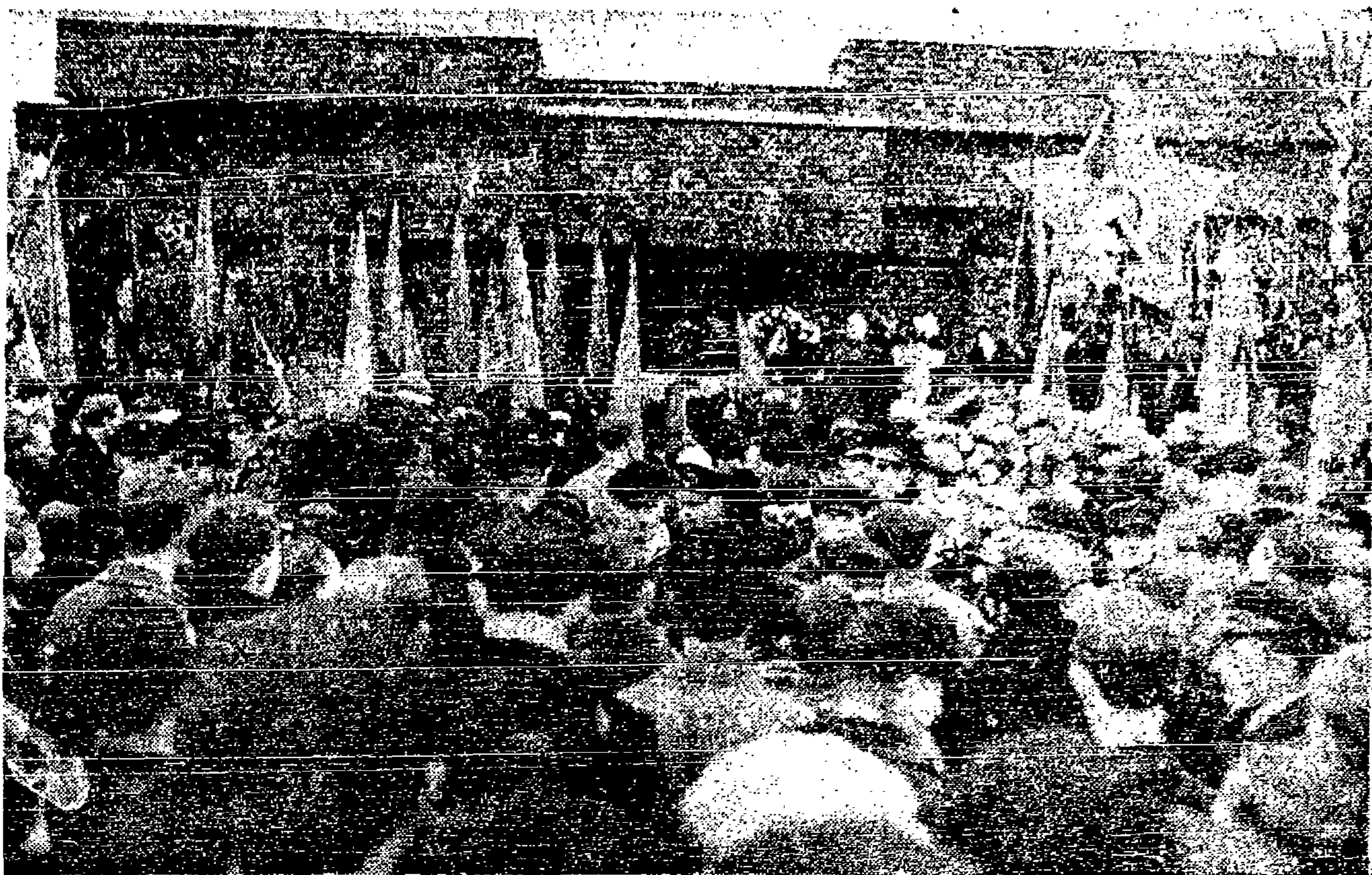
Das war kein „Staatsbegräbnis“, keine Zylinder neigten sich über die Gräber. Männer und Frauen der Arbeiterklasse, aus Fabriken und Stempelstellen drängten sich zu Tausenden und an der Tausenden um das Massiv des Revolutionsdenkmals.

Uniformierte Reichsbannerarbeiter und Antifaschisten trugen die Särge der jungen Genossen. Reichsbannerarbeiter erhoben mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern die Fäuste zum gemeinsamen Kampfeschwur. Neben den Fahnen der Jungkommunisten neigte sich die Fahne der SAJ über die Gräber.

Die Polizei hatte das Trauergelächter verboten. Außer den nächsten Angehörigen durfte niemand beim Transport der Särge nach Friedrichsfelde hinter den Wagen hergehen. Ja, nicht einmal die rote Fahne, für die unsere jungen Genossen starben, durfte über die Särge gebreitet werden. Trotz alledem setzten sich in den Mittagsstunden Zehntausende in Marsch nach Friedrichsfelde. Stundenlang waren sie unterwegs, aus allen Stadtteilen kommend.

Ehrenwache in Neukölln

In Neukölln hatten Kommunistischer Jugendverband und SAJ beschlossen, gemeinsam an der Beisetzung des Genossen Erwin Berner teilzunehmen. Am Vormittag wurde an der Stelle, wo Genosse Berner von der SA ermordet wurde, ein gemeinsamer Kranz des KJV und der SAJ, und eine Ehrenwache der Jungkommunisten und des Reichsbanners in Uniform und mit Fahnen aufgestellt. Die Ehrenwache wurde eine Stunde später von der Polizei weggejagt. Zwei Fahnen und mehrere ebenfalls niedergelegte Kränze wurden beschlagnahmt. Als der Wagen mit dem Sarg des toten Genossen Berner die Mordstelle in Neukölln passierte, hatten sich hier über



Unser Genosse Wilhelm Pieck ruft zur roten Einheitsfront

1000 Arbeiter angejammelt, die von der Polizei mit dem Gummifäustel auseinandergetrieben wurden. Wenige Minuten später war der Wagen auf beiden Straßenseiten aber wieder von einer riesigen Menschenmenge umgeben.

Vor dem Leichenschauhaus in der Hannoverischen Straße hatten sich ebenfalls mehrere hundert Arbeiter angejammelt. Die Polizei drängte die Menge zurück und sperrte die Straße ab. Auch hier kontrollierte die Polizei sämtliche Kranzschleifen. Die Angehörigen unseres Genossen Alfred Kollatsch erreichten nach mühseligen Verhandlungen mit dem Polizeioffizier, daß wenigstens sie dem Sarg folgen konnten. Dem Wagen Alfred Kollatschs schloß sich der Wagen mit der Urne des ermordeten Genossen Paul Schulz in der Hannoverischen Straße an. Die Arbeitermasse, die den Zug auf den Bürgersteigen bis nach Friedrichsfelde begleitete, wuchs bald auf tausende. Ununterbrochen braussten Rot Front-Krize auf. In allen Straßen grüßten Männer und Frauen die toten Jungarbeiter.

Beim Eintreffen der Leichenwagen in Friedrichsfelde hatten sich hier die Arbeiter bereits zu Zehntausenden versammelt. Vom Eingang bis zum äußersten Ende des Friedhofes, bis hinter dem Revolutionsdenkmal Menschen, Menschen. Sämtliche Gänge rings um die Gräber waren verstopft. Reichsbannerarbeiter aus Moabit und Neukölln, SAJler, Jungarbeiter von der SAJ, fanden geschloßen mit den kommunistischen Arbeitern, mit den Kampfbrigaden und Massenelbstschützern Spalier. Zwei lange Reihen von Kranzdelegationen hatten vor dem Revolutionsdenkmal Aufstellung genommen. Die Aufschriften auf den Schleifen waren ein lebendiger Ausdruck für den Willen des großen Berlins, das Vermächtnis unserer jungen Toten, die rote Einheitsfront der Tat vorwärts zu treiben.

Hunderte von Kränzen

Zentralkomitee und Bezirksleitung der KPD. — Kameraden und Genossen der Eisernen Front, 190. Abteilung SPD. — Städtische Arbeiter Neuköllns — Reichsbahn A. R. Oberschöneweide — Reichs- und Landesleitung rote Sportler — Berliner Paketfahrt — Nahrungsmittelfabrik Mogen, Neukölln.

Der Betrieb, in dem unser Genosse Kollatsch zuletzt gearbeitet hatte, hatte für den jungen Genossen eine Kranzdelegation entsandt. Dann die vielen Kränze des Kampfbundes und der Kampfbund-Jugend, der KPD-Unterbezirke und -Zellen, KPD-Neukölln, KPD-Nordwest, Höhenstaufenplatz usw. Dann der gemeinsame Kranz des KJV und der SAJ. — Kämpfende Einheitsfront der Tat: Erwin Berner, Kampfbundstaffel Neukölln — Einheitsverband der Metallarbeiter — Bund der Freunde der Sowjetunion — Dem toten Kämpfer Erwin Berner — lesen wir auf einem Kranz der Hauschuhwache „Vorwärts“. Auf vielen anderen Schleifen stehen die drei Buchstaben

Deutsches Reichs-Bauernkomitee, kommunistische Heimgenossen Bremer Straße, Massenelbstschutz Neuterplatz, Rote Wohlfahrt Neukölln, Belegschaften von „Berlin am Morgen“ und „Welt am Abend“, KJV Moabit, Staffel Fuldastraße, Bezirksleitung der KPD, Arbeitersport- und Kulturklub Britz, Betrieb Lorenz-Tempelhof, KJ-Nordwest, Fichte-Samariter Moabit, Bewohner des Hauses Erasmusstraße, Erasmus-Riez, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Prenzlauer Berg, AEG, Alderstraße, Schultrieb-Pagenhofer, Junghammer Neukölln — das ist nur ein Teil der vielen Kränze.

Unsterbliche Opfer ...

Die Arbeitermassen bildeten rings um die Gräber einen undurchdringlichen Wall. Weit vom Eingang des Friedhofes her klang die ergreifende Melodie des revolutionären Trauermarsches herüber. Reichsbannerkameraden und Antifaschisten trugen die Särge, gefolgt von hunderten roten Fahnen. Die zwei Särge und die Urne werden auf drei rotbepflanzten Katafalken vor dem Revolutionsdenkmal aufgebahrt. Die Stimme der Mutter unseres Genossen Berner durchbricht erschütternd die Ruhe. Aus den zehntausenden Arbeitergesichtern spricht tiefes Beileid und zugleich Horn und Haß gegen die braunen Mörder. Alle erheben die Fäuste, Reichsbanner-Kameraden, SAJler und

sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter. Hinter dem Denkmal schallt der Marschtritt der Fahnenabteilungen, die rings um die Särge einen dichten Kordon bilden.

Handschlag für die rote Einheit

Dann fingen die Massen: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Der Vertreter des Zentralkomitees der KPD, Genosse Wilhelm Pieck, spricht: „Hier am Grabe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs strecken wir euch Reichsbanner- und sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand zur Einheitsfront entgegen. Sollen wir nun länger warten? Schlagt ein.“ Die Worte des alten Kämpfers finden begeisterten Widerhall bei den Zehntausenden. Die Augen jedes Proleten leuchten auf. Dann nimmt der Reichsbannerarbeiter das Wort und gelobt, im Sinne der Gefallenen zu kämpfen. Der Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes ruft über die Särge hinweg die jungen und erwachsenen Arbeiter zum Erwin-Berner-Aufgebot. Der Werbebezirksleiter der Neuköllner SAJ reicht dem Jungkommunisten die Hand und gelobt, auch die sozialdemokratischen Jungarbeiter werden für die Einheitsfront der Arbeiterklasse werden und kämpfen.

Rot Front, Kameraden! Wir kämpfen weiter!

Unter dem Gesang der „Internationale“ lenkten sich hunderte rote Fahnen, darunter die Senzenfahne der Bauern, die Fahnen der Betriebe, der Stempelstellen, der antifaschistischen Massenelbstschützern, die Fahne der SAJ, die Fahnen der Parteizellen. Das Flasordbeier spielt den Trauermarsch. Die Särge werden von Reichsbannerarbeitern und Antifaschisten auf die Schultern genommen und zur Gruft getragen. Der Schmerz der Angehörigen ist unbefähiglich.

„Gebt mir meinen Jungen wieder“, ruft die Mutter unseres unvergesslichen Erwin Berner an. Klagen über das Grab ihres Sohnes.

Dann werden die Fahnen hochgehissen. Als letzter Abschieds- und Kampfgruß schallt wie ein Kanonenschlag über die Gräber der jungen Antifaschisten „Rot Front!“ Die Zehntausenden fluten wie eine Lawine zurück in die Stadt, zurück in die vordersten Reihen der roten Klassenfront, um mit fühner Entschlossenheit das Werk der Toten zu vollenden und den Faschismus im revolutionären proletarischen Massenkampf zu besiegen.



Die Braut und der Freund unseres Genossen Berner



Kein Staatsbegräbnis ...



Der gemeinsame Kranz der SAJ, und des KJV.



Kranzdelegation der Neuköllner SPD-Arbeiter

„KPD. Todfeind! SPD. ungefährlich!“

Faschistenhauptide Helldorf will den Arbeitern ihre Klassenpartei „verweigern“

Wie uns unser Pariser Sonderberichterstatter drahtet, hat der SA-Führer von Berlin, Graf Helldorf, dem Berliner Korrespondenten des kapitalistischen „Welt Journal“ ein Interview gegeben, das die Zeitung jedoch veröffentlicht. Wegen der unerhörten Bedeutung, die dieses Interview in bezug auf die Haltung der Regierung gegenüber der KPD, und der SPD, besitzt, geben wir die entsprechenden Stellen besonders ausführlich wieder.

Helldorf: ... Die Kommunistische Partei, die für Deutschland eine Todesgefahr darstellt, muß unterdrückt werden. ... Tradition? Ja. Reaktion? Nein.

Was wir den Arbeitern verweigern, das ist das Recht, sich in einer Klassenpartei zu organisieren.“

Korrespondent: „Aber was würden Sie tun, wenn die Arbeiterpartei zur Verteidigung ihrer politischen Freiheit einen Generalkrieg organisieren würden? Mir scheint, daß es die Arbeiterpartei und nicht die Nationalsozialisten sind, die durch Stilllegung der Betriebe das ganze öffentliche Leben lähmen könnten.“

Helldorf: „Wenn es dazu kommen sollte, so werden wir doch am Ende die Sieger bleiben. Zweifellos sind die Kommunisten viel zahlreicher in der Industrie, vor allem in der Privatindustrie, als wir. Jedoch haben wir überall genügend Nationalsozialisten, um das Funktionieren der Betriebe aufrechtzuerhalten (?), und unsere Sturmabteilungen sind dazu da, um sie zu beschützen.“

Korrespondent: „Sie sprechen nur von Ihren kommunistischen Gegnern. Aber Sie sagen nichts über die Sozialdemokratie?“

Ein Mädchen war die Antwort auf diese Frage. Korrespondent (fortfahrend): „Sie scheinen die Erklärungen der Sozialdemokratie nicht ernst zu nehmen? Glauben Sie, daß die sozialdemokratische Opposition eine platonische ist...?“

Graf Helldorf: „Die Sozialdemokraten? Wann haben Sie sie schon handeln gesehen? Am 20. Juli, als ihre Preußenregierung davongefragt wurde? Und seitdem? Es sind gefetzte Leute. Trotz ihrer vielen Reden ist ihre Partei nicht wirklich gefährlich. Der Feind, den wir vernichten müssen, das ist der Kommunismus. Das ist eine lebenswichtige Frage. Die Kommunistische Partei wird demnächst verboten werden. Auf die Anwendung von Gewalt werden wir mit Gewalt antworten und vor keinem Mittel zurückschrecken.“

Geht diese Erklärung allen sozialdemokratischen Arbeitern. Sie sollen alle selbst mit eigenen Augen sich davon überzeugen, wie ihre Partei von der faschistischen Diktatur beurteilt wird... „nicht gefährlich“. Muß es den kämpfgewillten Reichsbanner- und sozialdemokratischen Klassengenossen nicht das Blut ins Gesicht treiben, zu sehen, wie die faschistische Diktatur mit einer leichten Handbewegung über die „Opposition“ der SPD-Führer hinweggeht, wie der SA-Führer Helldorf lachend bestätigt, was wir Kommunisten immer den SPD-Führern vorwerfen, daß ihre Opposition nur eine Scheinopposition ist und daß ihr Kampf sich auf mehr oder weniger effektvolle Reden und Artikel beschränkt? Urteil des Faschismus über die SPD: „Nicht gefährlich!“

Aber der Kommunismus — „das ist der Feind, den wir vernichten müssen“. Das ist die Partei, die in kürzester Frist, noch vor den Wahlen, verboten werden soll, weil sie als einzige die Kreise der Reaktion, die Pläne der kapitalistischen Lohnräuber bedroht.

Mögen die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter aus dieser Einschätzung der SPD und der KPD durch die faschistische Führung von sich aus die Konsequenzen ziehen, an welcher Seite ihr Platz ist: bei Wels-Sedering, über die alle Helldorfe sich nur lustig machen, oder bei den Kommunisten, die von ihnen als Kampfpartei gehäßt werden.

Was aber den Helldorf anlangt, der „den Arbeitern das Recht verweigert, sich in einer Klassenpartei zu organisieren“, so werden die deutschen Arbeiter ausgerechnet das Gräßlein um Erlaubnis fragen! Das könnte ihm so passen, die Kommunisten verschwinden zu machen, damit nur solche Parteien da bleiben, an deren Spitze Prinzen und Grafen für die Interessen der herrschenden Klasse wirken.

Jamohl, wir wollen es dem Helldorf bestätigen, wir sind die Todfeinde des Faschismus, der Arbeiter ermordet und Kapitalisten

nicht antastet, der die Volksarmut in die Kerker bringt, aber keinen Börsenführer und keinen der allmächtigen Millionenschieber verhaftet.

Jamohl, wir sind die Todfeinde des Faschismus, der dem Erwerbslosen und dem Arbeiter den Brotkorb höher hängt und das Volk in die Nacht der barbarischen Unterdrückung zurückstößt. Und weil wir das sind, darum stehen die Arbeiter zu uns, darum stellen sie sich als Schutzwall rund um unsere Partei, darum finden sie sich in ganz Deutschland zusammen, um für den Sieg

der Liste 3 der KPD zu arbeiten und für die Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung einzutreten.

Im übrigen, Monsieur Helldorf, scheinen Sie auf dem Monde zu leben, wenn Sie von Ihrer Terrorgarde erwarten, daß sie einen Generalkrieg verhindern oder niederschlagen könne. Wir haben in den letzten Tagen, wenn auch zunächst nur befristete Massenprotestkreise in Lübeck, Stettin und Hamburg gehabt. Uns ist nicht bekannt, daß Ihre Streikbrechergarde es vermocht hat, auch nur eine Betriebsabteilung unter Dampf zu halten.

Frecher Überfall auf die Funktionäre der Neutöllner Gemeindearbeiter

Gemeindearbeiter, antwortet den faschistischen Provokatoren!

Auf Drängen der KPD-Funktionäre hatte der Betriebsrat der Neutöllner Gemeindearbeiter zu gestern eine gemeinsame Funktionärsitzung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen sowie der kommunistischen und KPD-Funktionäre einberufen. Auf dieser Sitzung sollten Maßnahmen zur Schaffung einer einheitlichen antifaschistischen Kampffront im Betrieb besprochen werden, die sofort gemeinsam durchzuführen werden können.

Kurz, ehe die Sitzung eröffnet werden sollte, drang plötzlich eine Kolonne von 25 bis 30 schwerbewaffneten Nazis in das Lokal und schlug mit Stahlruten, Gläsern und Stühlen auf die Funktionäre der Gemeindearbeiter ein. Dieser Überfall auf Betriebsfunktionäre, der so recht die Frage dieser Terrorgarde des Finanzkapitals enthüllt, wurde planmäßig von dem Brüder SA-Sturm organisiert, der zweifellos durch faschistische Elemente im Betriebe, vom Statistenden der Konferenz Kenntnis erhalten hat.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hat, wie notwendig es ist, die einheitliche antifaschistische Kampffront im Betrieb aufzurichten, so ist er mit diesem Überfall gegeben worden. Wer angesichts dieses Terrors gegen die Arbeiterschaft abwarten predigt, der ermuntert zu weiterer Verschärfung des faschistischen Terrors. Sofortige antifaschistische Kampfmaßnahmen, Kampf um die Entzerrung der bekannten Organisations des faschistischen Terrors im Betrieb, deren Entlassung von der sozialdemokratischen Bezirksamtsmehrheit bisher abgelehnt wurde, Bildung breiter betrieblicher Staffeln des antifaschistischen Massenstreikes ist das Gebot der Stunde!

Für die Einheitsfront der Tat!

Nachstehende Resolution wurde in einer Versammlung von Möbeltransportarbeitern angenommen:

„Die am 8. Februar verammelten Möbeltransportarbeiter Schöneberg geloben, jeden Pfennig geplanten Lohnabkann durch Kampf abzuwehren.“

Die Kollegen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem bestialischen Überfällen der Nazis auf Arbeiter und den Mord an der Witwa in der Henselstraße. Die Versammelten verpflichten sich, alles daranzusetzen, um die Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen.“

Lüneburger Bauern-Kongreß gegen Hitler-Papen-Hugenberg

Am 5. Februar fand in Lüneburg der Osthannoversche Bauernkongreß statt. Aus 20 Dörfern waren 48 gewählte, bäuerliche Delegierte erschienen sowie zahlreiche Gäste, darunter viele Arbeiter. Der Kongreß stand im Zeichen des Kampfes der schaffenden Bauern gegen die faschistische Diktatur und gegen die von ihren Organen durchgeführten Zwangsmaßnahmen. Die Kampfbegleitung erreichte ihren Höhepunkt bei der Rede des Vertreters

des Bauernkomitees von Hantsiedt. Er gab ein anschauliches Bild von der Not der werktätigen Bauern und rief mit eindringlichen Worten zum Kampf gegen die Feinde der Bauern auf.

Der Bauernkongreß nahm einstimmig eine Entschlieung an, die der Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur den schärfsten Kampf ansagt und gelobt, mit allen Mitteln die Forderungen des Bezirks-Bauernkomitees durchzuführen.

Brief an den „Vorwärts“

Wir erhalten einen Briefwechsel zwischen einem kleinen Mittelständler und dem „Vorwärts“. In dem Brief an den „Vorwärts“ heißt es:

„Ich hätte gern näheres über einige politische Angelegenheiten von Ihnen erfahren. Vor allen Dingen möchte ich voraus bemerken, daß ich keiner Partei angehöre. Lesende Zeitungen aller politischen Richtungen, da man sich dann daraus erst ein richtiges Bild machen kann. Kaufte mir den „Vorwärts“ am 31. Januar 1933 und zwar die Morgenausgabe, und war sehr erstaunt über den Inhalt der Kopfsseite.“

1. Die Arbeiter werden aufgefordert, ruhig Blut zu bewahren;
2. sich zu keinen Aktionen hinreißen zu lassen;
3. ruhig abzuwarten und alle Kräfte zu sammeln zum entscheidenden Kampf.

Nur möchte ich einige Fragen an Sie richten. Ist es nicht eine Herausforderung oder sogar Verhöhnung vom „Vorwärts“? (Ich glaube, die meisten Arbeiter fassen es so auf), wenn er den Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus zu unterbinden sucht? Es ist noch nicht so weit? Also auf gut Deutsch, der Arbeiter soll erst zu Boden geknuppelt werden und unter dem Faschismus verbluten, und dann ist es erst nach der Auffassung des „Vorwärts“ so weit. Ja, werter Herr Chefredakteur, ich glaube, Aprilwige wären in der jetzigen ernsten Zeit nicht angebracht. Denn es geht um Gut und Blut der Arbeiterschaft, sowie des kleinen Mittelstandes. Ihrer geschätzten Antwort entgegengehend gelüchne

G. D. (folgt genaue Adresse).“

Die Antwort der Chefredaktion des „Vorwärts“ lautete kurz und bündig:

„Auf Ihren Brief vom 3. Februar teilen wir Ihnen mit, daß wir es ablehnen müssen, Ihre Fragen zu beantworten.“

Hochachtungsvoll

Redaktion des „Vorwärts“.

Kommentar zu diesem Briefwechsel erübrigt sich wohl.

In jeder Veranstaltung Massenwerbung für die „Rote Fahne“!



Juno, eine echte Berlinerin.

rassig und von belebender Frische, stets anregend und begehrenswert,

ist die gute unentbehrliche Kameradin

aller der Männer, die in einer Cigarette nur ihre „inneren“ Eigenschaften schätzen und deshalb die Beigabe von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien ablehnen.

Juno möchte auch Ihre treue Freundin sein!



Wozu wir nicht schweigen dürfen

Gewerkschaftsführer wollen wieder einmal auf den Stimmzettel vertrauen — Wahlkampf für Liste 3 und für gewerkschaftliche Oppositions- und Einheitslisten zu den Betriebsräte-wahlen heißt Mobilmachung zum außerparlamentarischen Kampf!

„Jetzt ist keine Zeit mehr zur Diskussion darüber, ob in diesem oder jenem Zeitpunkt die eine oder andere Taktik richtig war. Ob der eine mehr oder weniger revolutionär als der andere ist.“ (Vorwärts vom 8. Februar 1933)

Wir haben der Arbeiterschaft unsere konkreten Vorschläge zum gemeinsamen Kampf auf dem Boden der breitesten Einheitsfront gemacht. Wir haben Kampfmaßnahmen gegen die Hitler-Hugenberg-Regierung vorgeschlagen; wir haben die Arbeiter in den Betrieben und Wohngebieten aufgerufen, sich gemeinsam im Massenstreik gegen den faschistischen Terror zusammenzuschließen. Wir haben die Bildung gemeinsamer Kampfausschüsse und die Mobilisierung zu großen Kämpfen in allen Branchen und Gebieten vorgeschlagen, wo in diesen Tagen die Unternehmermordtätigkeiten erfolgen; wir haben vorgeschlagen, überall den Kampf um die Zurückforderung der geraubten Löhne aufzunehmen. Wir haben die Betriebsabteilungen aufgerufen, durch die Besetzung der gewerkschaftlichen Betriebsratsstellen mit oppositionellen Kollegen, die diesen Kampf zu führen gewillt sind, und durch die Aufstellung von Einheitslisten die Schaffung der betrieblichen Kampfeinheit auf diesem Boden zu fördern.

Auf diese Vorschläge antwortet die Gewerkschaftsbürokratie nicht.

Sie antwortet nicht mehr mit der Forderung, die Diskussionen über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen möge eingestellt werden, denn auf nichts anderes würde es hinauslaufen, wenn wir darauf verzichten würden, zur Politik der Gewerkschaftsführer Stellung zu nehmen. Sie beschimpft uns als „Spalter“, weil wir durch unsere Taktik bei den Betriebsräte-wahlen alle Kräfte anspannen, um die Betriebsräte zu Faktoren der wirklichen betrieblichen Kampfeinheit auf dem Boden der gemeinsamen Klassenforderungen der Arbeiterschaft zu machen.

Schweigen zur Politik der Gewerkschaftsbürokratie, Zurückweichen vor ihren diktatorischen Manövern, das bedeutet in der gegenwärtigen Situation die kämpfende Einheitsfront verhindern, die Kapitulationspolitik und damit dem Faschismus Vorschub leisten.

Handelt es sich doch nicht, wie es der „Vorwärts“ hinzustellen sucht, und wie zweifellos auch ein Teil der Gewerkschafts-kollegen noch glaubt, um gelegentliche Fehler und Entgleisungen einzelner Führer, sondern um die gesamte Politik der Gewerkschaftsführer, die die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächt und zur Stärkung des Faschismus beiträgt.

Es geht eine große Linie von der Burgfriedenspolitik im Jahre 1914 über die Arbeitsgemeinschaftspolitik und den Sozialistenschwindel im Jahre 1918/19, über den Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie und der Unterjüngung der kapitalistischen Rationalisierung, über die Unterwerfung unter die Schlichtungsorgane des kapitalistischen Staates, über die Kapitulation am 20. Juli, über den Streikbruch bei der VWG bis zum „Umbau“-Schwindel und zur Kapitulationspolitik gegenüber der Hitler-Hugenberg-Regierung. Ueber dieser ganzen Politik steht das Leitwort, das Tarnwort auf dem Leipziger SPD-Parteitag geprägt hat: „Wir müssen Kerze des kranken Kapitalismus sein.“ Die Durchführung dieser Parole erfordert die Verhinderung von großen Massenkämpfen der Arbeiterschaft.

Ein Blick in die Gewerkschafts- und Betriebsratspresse in diesen Tagen genügt, um zu erkennen, daß die Gewerkschaftsführer nicht daran denken, das Vergangene vergangen sein zu lassen, sondern daß sie auf der ganzen Linie ihre bisherige Politik fortsetzen. Was ist jenen die Arbeiterklasse vor? Kan mag das Organ, welches der Verband man auch immer will nehmen, nirgends wird man auch nur den leisesten Kampfvorschlag finden. Alles, was sie der Arbeiterklasse zu sagen haben, ist eine neue Verstrickung auf den Stimmzettel, ist ein neuer Versuch, den Massen einzureden, der Tag der Reichstagswahl bringe die Entscheidung.

Diesmal geht es um die letzte Entscheidung über die Freiheit der Arbeiterklasse!

Das ist die Wahllochung der „Solidarität“, des Organs vom Graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes.

„Jeder muß mit verdoppelter Kraft werben und kämpfen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und für den Sieg der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl.“ Das schreibt der „Gewerkschaft“ des Gesamtverbandes. „Die bewußte Arbeitnehmerschaft hat es aber in der Hand, den verfassungsmäßig gebildeten Subjekten einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Reichstagswahlen sind auf den 3. März festgesetzt. Jede Stimme mehr für die Sozialdemokratie ist ein Schlag gegen die Verfassungsbrecher, gegen die Arbeiterfeinde.“

So zu lesen im Organ des Fabrikarbeiter-Verbandes „Der

Proletarier“. Daß diese neuen Verstrickungen auf den Stimmzettel nichts weiter bezwecken, als die Ablenkung von den unmittelbaren Aufgaben des außerparlamentarischen Kampfes, das bestätigt die „Soljarbeiterzeitung“ wenn sie schreibt:

„Jetzt gilt für die Arbeiterschaft, Disziplin zu wahren. Die nur zu berechtigte Erregung der Arbeitermassen muß in die rechte Bahn gelenkt werden.“

Da habt ihr jene Gewerkschafts-Abolaten, von denen schon Rosa Luxemburg einmal sagte, daß sie ihre größte Sorge darin setzen, dem riesigen Proletariat feste Zügel anzulegen, damit er nur ja keine Dummheiten gegen das kapitalistische System macht. Die Erregung in die rechten Bahnen lenken, das bedeutet für die Gewerkschaftsführer: Geht euren Stimmzettel für die SPD ab; alles andere erleidet sich dann schon von selbst!

Nein, zu einem solchen Betrug darf nicht geschwiegen werden! Hat man euch nicht seit dem Frühjahr vorigen Jahres immer wieder gesagt, der Stimmzettel für Hindenburg, der Stimmzettel für die SPD, bringen den entscheidenden Sieg über den Faschis-

mus? Soll dieser Betrug fortgesetzt werden angesichts der Tatsache, daß der Stahlhelm bereits offen verklärt, man werde auf das Wahlergebnis spielen?

Nein, wir sagen den Gewerkschaftskollegen, daß nur die Einheitsfront im außerparlamentarischen Kampf auf der Grundlage unserer klaren Vorschläge die Arbeiterklasse zum Sieg über den Faschismus führen kann.

Deshalb fordern wir auf zur Massenmobilisierung für den Sieg der Liste 3. Deshalb sagen wir, daß die Mobilmachung zum antifaschistischen Kampf in Betrieb und Gewerkschaft zugleich der Wahlkampf für die Liste 3 ist.

Deshalb sagen wir, daß mit dem Kampf für den Sieg der Liste 3 bei den Parlamentswahlen verbunden werden muß der Kampf für gewerkschaftliche Oppositions- und für Einheitslisten bei den Betriebsräte-wahlen. Auf dieser Basis werden wir die Betriebe zu Stützpunkten der antifaschistischen Einheitsfront des Kampfes machen.

Erfolgreiche Resistenz bei H. S. Hermann

Einheitsfront des Kampfes verhindert Entlassungen

In der Buchdruckerei H. S. Hermann versuchte die Geschäftsleitung zwei Entlassungen durchzuführen, weil in der Handsekerie Fehler vorgekommen waren, die zu Differenzen mit den Auftraggebern führten.

Alle an dieser Arbeit beteiligten Seher und alle Korrektoren sollten von der Geschäftsleitung schadenerlässpflichtig gemacht werden. Als sich die Kollegen weigerten, für diesen Schaden aufzukommen, wurden sie von der Firma gekündigt. Groß war die Erregung in der Seherabteilung. Die Betriebsvertretung lehnte eine Schadenerlässpflicht ab. Es kam am Freitag mittag 1/2 Uhr zu einer Versammlung, in der beschlossen wurde, daß die Seher solange in passiver Resistenz verharren, bis die Geschäftsleitung die Kündigungen zurücknimmt. Nach 20 Minuten passiver Resistenz erklärte die Geschäftsleitung, daß sie zu erneuten Verhand-

lungen bereit sei. Die Seher beschloßen, vorläufig die Arbeit wieder aufzunehmen und wenn die Entlassungen bis 1/2 15 Uhr nicht zurückgenommen sind, erneut eine Versammlung durchzuführen. Unter diesem Druck der Seherabteilung erklärte sich die Direktion in der nächstfolgenden Verhandlung bereit, auf den Schadenersatz zu verzichten und die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

Die Betriebschaft der Druckerei H. S. Hermann, die schon in der Vergangenheit durch aktives Vorgehen ihren Forderungen Nachdruck gegeben und den Bestrebungen der Direktion ernsthaften Widerstand geleistet hat, hat jetzt wieder einen erneuten prächtigen Beweis glänzender Solidarität erbracht. Nur das geschlossene Zusammenstehen der Handseker hat die Entlassungen verhindern können.

Klebe und Konforten schweigen

Ingeländnis der Korruption? — Die Mitglieder müssen das Schweigen brechen!

(Gewerkschaftskorrespondenz)

Kein Monat vergeht, daß die „Rote Fahne“ nicht neue Enthüllungen über die dunklen Finanzmanipulationen der Klebe, Schlichting und Balleng, den Hauptverantwortlichen im Verband der Maschinisten und Heizer bringt. Monate sind aber bisher vergangen, ohne daß auch nur mit einem Wort auf die öffentlichen Fragen der Mitglieder von Seiten der Klebe, Schlichting und Balleng geantwortet wurde. Wir fragen darum mit aller Schärfe: Ist dieses beharrliche Schweigen vielleicht die Bestätigung der in der Frage der „Rote-Fahne“-Artikel erhobenen Vorwürfe? Besteht ein Zusammenhang zwischen den Privatgeschäften Schlichtings und Co. und den Mitgliedsbeiträgen der im Verband der Maschinisten und Heizer organisierten Kollegen?

Noch einmal: wir sind jederzeit bereit, vor dem Gericht die Zeugen für unsere Behauptungen gegen euch aufzumarschieren zu lassen.

Während wir uns in dem letzten Artikel, der in der „Rote Fahne“ vom 2. Februar 1933 erschienen war, vornehmlich mit Schlichting beschäftigten, wollen wir heute einmal Klebes Wachenschaften besonders unter die Lupe nehmen. Außer den bisher an ihn gerichteten Fragen soll er den Mitgliedern des Maschinisten- und Heizerverbandes über folgende Punkte Rechenschaft ablegen:

Klebe, ist es richtig, daß die Braut deines Sohnes von dir als Geschäftsführerin in der Verlagsgesellschaft des Verbandes beschäftigt wird, wobei sie ein monatliches Gehalt von 400 Mark bezieht, oder bis vor kurzem bezogen hat?

Wie verhält es sich mit der sogenannten Invalidenkasse des Verbandes, von der bekanntlich die invaliden Kollegen das meiste erhalten und die du an dich und deine Kumpane aufteilst? Stimmt es, daß an Töchter von Angestellten, die mit dir durch die und dünn gingen, aus dieser Kasse Zuwendungen

gemacht worden sind? Solltest du das bestreiten, so sind wir in der Lage, Namen und die Summe anzugeben.

Stimmt es, Klebe, daß deine Tochter Käthe Balleng außer für die Tätigkeit als Hausverwalterin in Dahlem weitere Einkommen vom Verbandsvorstand für angebliche Tätigkeit als Geschäftsführerin des Kesselreinigungs-institutes der Bezirksverwaltung Berlin bezieht oder bezogen hat, das den Kollegen Reinefeld und Rudolf untersteht?

Triffst es zu, daß deine Tochter Käthe Balleng von jedem gereinigten Kessel Prozente erhält, die die Kollegen Kesselreiniger weniger an Lohn für ihre saumäßige Dreiarbeit erhalten? Wer von den beiden, Reinefeld oder Rudolf, zahlt diese Prozente an die feine manikürte und ondulirte Dame Balleng aus? Sollte Rudolf oder Reinefeld dies abstreiten, so werden wir veranlassen, daß sie darüber unter Eid auszusagen haben.

Klebe, antworte uns, ob deine Tochter Käthe Balleng außer den vorgenannten Einkommen vom Verbandsvorstand als Geschäftsführerin der Anzeigenabteilung der Verbandszeitungen auch noch ein besonderes Einkommen bezieht oder bezogen hat?

Welche Zuwendungen hat deine zweite Tochter Grete aus Verbandsmitteln erhalten. Als was war diese Dame im Verband beschäftigt und was wurde ihr dafür gezahlt?

Hier wollen wir unsere Fragen bis zum nächstenmal abbrechen, wo wir weiter in diesem zum Himmel sinkenden Korruptionsklumpen vordringen werden.

Den Mitgliedern im Maschinisten- und Heizerverband aber rufen wir die Opposition zu: Verlangt ihnellstens die Einberufung außerordentlicher Mitglieder-versammlungen in allen Einheiten des Verbandes. Zwingt die Klebe, Schlichting, Balleng, euch Rede und Antwort zu geben. Wenn sie das nicht tun und damit ihr Verschulden an all dem, was in den Artikeln der „Rote Fahne“ ihnen zur Barmut gemacht wird, eingesehen, dann müßten sie heraus aus dem Verband, dann ist es an euch, Kollegen, einprechende Beschlüsse zu fassen.

Hitler und Leipart für Syrup

Der „Vorwärts“ vom 16. Februar teilt mit: „Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um zu der Berufung des neuen Präsidenten der Reichsanstalt Stellung zu nehmen. Das Reichskabinett hat für dieses Amt den früheren Präsidenten Dr. Syrup vorgeschlagen. Der Vorstand hat sich einstimmig für die Berufung Dr. Syrups ausgesprochen.“

Nun muß jeder Gewerkschafts-kollege wissen, daß im Vorstand der Reichsanstalt neben Vertretern der Unternehmer auch namhafte Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie sitzen. Die Gewerkschaftsführer sind sich also, das bestätigt die einstimmige Wahl von Dr. Syrup, mit den Hitler und Hugenberg, die ihn für dieses Amt vorgeschlagen haben, in der geeignetsten Person für die Verwaltung der letzten kümmerlichen Reste der Arbeitslosenversicherung einig. Wie sollten sie auch nicht, hat doch Dr. Syrup schon unter der Leitung des Sozialdemokraten Wiffel als Reichsarbeitsminister und später sowohl unter Brüning als auch unter Papen die schrittweise Zerstückelung der Arbeitslosenversicherung durchgeführt! Er war ja bekanntlich auch auf Vorschlag der Gewerkschaftsführer zum Arbeitsminister der Schleicher-Regierung ernannt worden.

Buchdruckunternehmer fordern neuen Lohnraub

Die Unternehmer im graphischen Gewerbe haben für die Buchdrucker und für die graphischen Hilfsarbeiter die Reichstagsverträge gekündigt. Ende April läuft die Kündigungsfrist ab. Nach den bisher bekannt gewordenen Mitteilungen beabsichtigen die Unternehmer neue Lohnabstufungen. Im Manzellarif sollen die Druckgehälter für eine Reihe von Orten befristet und damit ein weiterer Lohnraub von etwa 15 Prozent durchgeführt werden.

Darüber hinaus sollen brutale Rationalisierungsmaßnahmen im neuen Tarifvertrag festgelegt werden, die eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen würden. Die Erhöhung des Leistungslohs für Handseker und Maschinenseker wird gefordert. Bei den Maschinensekern soll eine Erhöhung der Stundenlohnung um 100 Prozent tariflich festgelegt werden. Bei den Druckern soll durch Umbelegung der Maschinen in wei-

terem Maße gelerntes Personal durch niedriger bezahlte Hilfsarbeiter ersetzt werden.

In allen Betrieben und in den Gewerkschafts-versammlungen müssen die Kollegen sofort Stellung nehmen, Berichterstatterung von den Verbandsleitungen fordern und vorbereitende Kampfmaßnahmen einleiten.

Steinarbeiter!

Sonntag, 12. Februar, 10 Uhr. Lokal Schulz, Götterstraße 30 (Nähe Alexanderplatz).

Buchdruckerverband

Generalversammlung der Buchdrucker, Dienstag, 14. Februar, 17 Uhr, Gewerkschaftshaus, Großer Saal.

Stoßbrigaden-Arbeit

Als Auftakt zum Literaturmonat der RGO. wurden in Bremen am Sonntag, dem 27. Januar, einige Stoßbrigaden eingesetzt. Erfolg: 35 RGO-Aufnahmen, 6 Parteiaufnahmen und 335 RGO-Broschüren verkauft.

Im Zeichen des „Vierjahrplans“

Hitler verteuert Schmalz und Fleisch

Statt den Bauern entschädigungslos das Land — Millionengeschäfte für die Junker!

Auf die politische Unterdrückungs-Notverordnung gegen das Arbeitervolk ist jetzt ein sozialreaktionäres Gesetz gegen alle Werttätigen gefolgt. Die Notverordnung trifft diejenigen, die um ihre Befreiung von der faschistischen Diktatur kämpfen. Das Zollgesetz trifft alle Werttätigen ohne Unterschied der Partei.

Die Regierung der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ hat sich nicht scheut, die Zölle so in die Höhe zu treiben, daß für das Schmalz, dessen Zoll um 500 Prozent erhöht wurde, in Zukunft 20 Pfennig pro Pfund mehr bezahlt werden muß. Das wichtigste Fett im proletarischen Haushalt neben der Margarine wird also für alle Erwerbsschichten unerreichbar. Rechnet man nur monatlich 6 Pfund Schmalzverbrauch im Arbeiterhaushalt, so bedeutet das eine monatliche Verteuerung von 1,20 Mark!

So sieht die erste wirtschaftliche „Tat“ der Hitler-Regierung aus: das Schmalz vom Arbeitertisch genommen! Der Zoll für Rind-, Schweine- und Schafffleisch verdoppelt! Schon bisher war es doch so, daß die Millionenmassen der Arbeitslosen, Sozialrentner und Invaliden sich kein Fleisch mehr leisten konnten, weil es, gemessen an den Hungerunterstützungen und Renten, viel zu teuer war. Jetzt aber werden durch die neuen Zollerhöhungen, die alle Hermann Müller-, Brüning- und Papen-Zölle noch übertreffen, die Preise für Schmalz und Fleisch abermals außerordentlich erhöht. Die Folgen dürften klar sein: weitere Millionen des werttätigen Volkes, und nicht zuletzt die Massen der Kurzarbeiter, werden aus dem Konsum für Fleisch und Schmalz ausgeschieden müssen, das heißt in Zukunft kein Fleisch mehr kaufen können.

Nun begründen die Hitler-Jugend ihre Zollerhöhung damit, daß man den Bauern helfen wolle, und der „Angriff“ der die Freiheit hat, sich in seinem Kopf immer noch „für die Unterdrückten“ zu erklären, verteidigt sonder Gram und Scham das, was da zur Verteuerung der Lebensmittel geschieht, mit der Begründung, „den Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte zum Stillstand zu bringen“.

Mit aller Klarheit und äußerster Schärfe muß demgegenüber herausgestellt werden, daß diese Zollerhöhung keine Bauernhilfe darstellt, den kleinen und Mittelbauern nichts nützt! Denn wenn das Schmalz nicht mehr vom Ausland billig eingeführt, sondern durch die Inlandproduktion ersetzt werden soll, nun dann müssen mehr Schweine als bisher erzeugt werden, und das wiederum bedeutet, daß das Angebot von Schweinefleisch noch mehr steigt und die Preise naturgemäß fallen.

Also den Kleinbauern wird nicht geholfen. Ihnen könnte nur geholfen werden dadurch, daß sie mehr Land bekämen. Aber davon sagt Hitler nichts. Ihnen könnte nur geholfen werden, wenn die Kaufkraft der breiten Massen in den Städten erhöht würde. Aber davon sagt Hitler nichts. Oder doch! Er beschränkt durch die Reformzölle die Kaufkraft der Massen. Und wenn man das feststellt, dann kommt der „Angriff“, dieses Denunzianten-Rezept, daher und grunzt:

„Wir sind der Meinung, daß diese Verteuerungen geeignet sind, unnötige Beunruhigung in die breiten Massen zu tragen.“

Die Wahrheit soll nicht an den Tag und darum winkt das Re-

gierungsorgan mit dem Zaunpfahl der neuen Notverordnung, die ja Zeitungsverbote auch auf Grund von „Beunruhigung“ möglich macht. Als ob die Volksmassen nicht auch so beunruhigt würden, schon durch die Taten der Regierung. Es bleibt nicht einmal bei den jetzt bekannt gewordenen Zollerhöhungen, die in vier Tagen in Kraft treten. Sie sind erst der Anfang. Gegenwärtig schweben die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Jugoslawien. Die deutsche Bourgeoisie will die Bindung des Eierzolls beseitigen und durch neue Schutzmaßnahmen eine Verteuerung der Eierpreise erzielen. Die Lawine der Lebensmittelverteuerung rollt

und droht die deutschen Arbeiter, unteren Angestellten und Beamten und den kleinen Mittelstand zu begraben.

... wenn sie sich nicht dagegen wehren! Sie können und müssen es tun, indem sie die Zoll-Preiserhöhungen wettmachen durch die Er kämpfung höherer Löhne, Gehälter und Unter-Schleht euch zusammen gegen die Verderben bringende Sozialpolitik! Schleht euch zusammen gegen die Hitler-Regierung, die diese Politik durchführt! Die herrschende Klasse selbst zwingt euch, auf die Tagesordnung den Kampf zu setzen, der der Junkerpolitik ein Ende setzt.

Ihre Arbeitsbeschaffung:

Wieder 48 000 Arbeitslose mehr

Hunger und Not steigen — Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen

Wieder behauptet der größte Teil der kapitalistischen Blätter, daß die Zahl der Arbeitslosen heute geringer sei als im selben Monat des Vorjahrs. Nach dem amtlichen Bericht der Reichs-anstalt ist in der Zeit vom 15. bis 31. Januar die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 48 000 gestiegen; sie beträgt jetzt 6 014 000. Am 31. Januar 1932 wurden 6 042 000 registrierte Arbeitslose gezählt. Auf Grund dieser Zahlen behaupten die kapitalistischen Blätter, daß die Arbeitslosenzahl geringer sei als im Vorjahr und daß die Wirtschaftskrise ihren tiefsten Punkt überschritten hätte. Aber diese Rechnung hat ein großes Loch, denn seit dem Vorjahr wurde die Papen-Notverordnung am 14. Juni 1932 erlassen, durch die Hunderttausende der Arbeitslosen, insbesondere Arbeiterinnen und Jugendliche, von jedem Unterstützungsbezug ausgeschlossen wurden. Der größte Teil dieser vom Unterstützungsbezug ausgeschlossenen Arbeitslosen hat sich, schon wegen der Fahr- und sonstigen Kosten und wegen der Aus-sichtslosigkeit, vermittelt zu werden, nicht mehr registrieren lassen. Diese Arbeitslosen sind aber vorhanden, sie haben die sogenannte „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit vergrößert. Außerdem muß bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, daß die 175 000 Arbeitslosen, die im Arbeitsdienst beschäftigt werden, und die 100 000 Jugendlichen, die im sogenannten „Notwerk der Jugend“ zusammengefaßt sind, nicht in die Zahl der 6 014 000 einbezogen werden.

Sogar die „Tägliche Rundschau“ stellt am 10. Februar fest, daß die Behauptung, die Arbeitslosenzahl sei niedriger als im Vorjahr, falsch ist. Das Blatt schreibt:

„Die amtliche Arbeitslosenzahl liegt zwar unter der der entsprechenden Zeit des Vorjahrs mit 6 042 000, doch haben wir bereits darauf hingewiesen, daß beide Ziffern nicht vergleichbar sind, weil inzwischen andere statistische Zählmethoden durchgeführt wurden.“

Tatsache ist also, daß die Bankrotwirtschaft der Kapitalisten ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verschuldet hat. Damit hat sich die Not der Arbeitslosen weiter verhäßt.

Zwei Wochen lang ist die Hitlerregierung am Ruder. Sie hat den Arbeitslosen und sonstigen Notleidenden keine Winterhilfe bewilligt, sie hat die drakonischen Unterstützungskürzungen der Papen und Brüning nicht rückgängig gemacht.

Nach wie vor sind die Kohlenhöfen und Lebensmittellager überfüllt. Aber die Hitlerregierung läßt nicht die Kohlen und Lebensmittel an die hungernden und frierenden Arbeitslosen ausgegeben. Unter Hinweis auf die gefüllten Lebensmittellager sind die Lebensmittelzölle erhöht, was Preiserhöhungen im Ge-folge haben muß.

Für diejenigen Arbeitslosen, die bisher den Versprechungen der Nazifaschisten noch Glauben schenken, gibt es jetzt ein böses Erwachen.

SA mit Beilen gegen Mutter und Kind

Wozu die braunen Banden Adolf Hitlers fähig sind, zeigt folgender Vorgang in Bannowitz in Schlesien. Dort ver-anstalteten die Nazis eine sogenannte Siegesfeier und hielten an dem Rathaus die Hakenkreuzfahne, Reichsbanner und sozialdemo-kratische Arbeiter, Kommunisten und Parteiloje und der Stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzer Langsch, verlangten energisch die Beiseitigung der Fahne, die dann auch eingezogen wurde. In der Nacht darauf drang ein Trupp von etwa 30 SA-Leuten in das Haus von Langsch ein. Langsch ist schwer kriegsbeschädigt und war auf Grund einer Warnung, die ihm vorher zugegangen war, nicht zu Hause. Nun richtete sich die Wut der braunen Ban-diten gegen Frau Langsch und ihr acht Wochen altes Kind. Es gelang der Frau, mit dem Kind zu flüchten. Die SA-Leute zer-trümmerten inzwischen sämtliche Fensterscheiben, traten die Türen ein und demolierten die gesamte Wohnungseinrichtung. Die Betten wurden mit Messern aufgeschüttelt. Kein Stück blieb ganz.

Das Verkehrslokal der Arbeiter in der Erbkirche Ecke Donau-straße von Orszeg, wurde um 7.45 Uhr gestern abend, von Nazis überfallen, die ihre Kundgebung auf dem Wilhelmsplatz hatten. Das Lokal wurde demoliert, der Wirt und zwei Arbeiter verletzt. Reichsbannerarbeiter aus der Judasstraße eilten zu Hilfe und es gelang den Arbeitern und der Häuserbeschützer, die Nazis zurück-zujagen. Die Polizei hat sich geweigert, die Namen der Nazis festzustellen.

Leipart und Papen in der Bodenkredit-Bank

Auf unsere Mitteilung über die freundschaftliche Zusammen-arbeit von Leipart und Papen im Aufsichtsrat der kapitalistischen Bodenkredit-Bank antwortet der „Vorwärts“ mit der Fest-stellung, daß Papen ja gegenwärtig gar nicht mehr Aufsichtsrats-mitglied sei. Damit wird also bestätigt, daß Leipart und Papen tatsächlich lange Zeit als Aufsichtsräte die Interessen derselben kapitalistischen Gesellschaft wahrzunehmen hatten.

Allerdings scheint es Herr von Papen vorgezogen zu haben, mit seinem politischen Herozentren keine engen Beziehungen zu den kapitalistischen Hintermännern der hannoverschen Boden-kredit-Bank durch Austritt aus dem Aufsichtsrat zu trennen. Wenn der „Vorwärts“ behauptet hat, Leipart habe keine Lantienem erhalten, so steht dem gegenüber der Geschäftsbericht, worin be-hauptet wird, daß die Lantienem in der entsprechenden Höhe unter alle Aufsichtsräte verteilt wurden.

Wenn der „Vorwärts“ den Gewerkschaftsmitgliedern ein-renden will, Leiparts Zusammenarbeit im Aufsichtsrat habe im Interesse der Arbeiterchaft gelegen, so mag er doch angeben, worin sich die Tätigkeit Leiparts im Aufsichtsrat von der Papens grund-sätzlich unterscheiden hat!

Landarbeiterjugend, es geht dich an!

Aufruf des KJVD zum märkischen Land- und Forstarbeiteritag am 25. bis 26. Februar in Berlin

Einem Aufruf des KJVD zum märkischen Land- und Forstarbeiteritag entnehmen wir folgendes:

Die Großgrundbesitzer und Großbauern nutzen euch als Lohn-brüder aus. Ihr erhaltet so wenig Lohn, daß ihr euch nicht einmal selber ernähren könnt, aber eure volle Arbeitskraft sollt ihr hin-geben. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht müßt ihr schinden und schütten, erhaltet einen Hundelohn und sollt euch noch schikanieren und prügeln lassen. Die Kuttergutsbesitzer und Guts-inspektoren schwingen die Reitpeitschen über euch. Es sind dieselben Leute, die im Stahlhelm oder in der Hitlerpartei die Politik be-stimmen. Ihr Jugendlicher werbet in den Jungstahlhelm oder in die Hitlerjugend gezwängt.

Jungarbeiter, Hofsänger, Knechte und Mägde, euer Platz ist an der Seite der Arbeiter, die um die Verbesserung ihrer elenden Lage einen erbitterten Kampf führen.

Euer Platz ist weder im Jungstahlhelm noch in der Hitler-jugend. Der deutsche Landarbeiterverband, der unter dem Ein-fluß der SPD, sieht sowie alle Landarbeiterorganisationen sollen euch vom eigentlichen Kampf abhalten und haben zu eurer Elends-lage beigetragen, weil sie alle Verschlechterungen kampflös hin-genommen haben. Nur der Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter organisierte zusammen mit der KJVD, der KJWD, und des Kommunistischen Jugendverbandes in dem letzten Jahr 18 Streiks gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Land- und Forstarbeiter.

Wir rufen euch jugendlichen Landarbeitern zu, organisiert ge-meinsam mit den erwerbslosen Kollegen den Kampf für

1. Abschaffung des Hofsängerwesens, Verzögerung der Arbeitszeit.

2. Urlaub für die jugendliche Landarbeiterschaft wie für die Deputierten.

3. Für die Gutsarbeiterjugend sowie für die bei den Bauern beschäftigten jugendlichen Erntehaltung entsprechend den Frei-arbeiterkassen.

4. Fort mit den Pferdewall- und Walschlammerschlaggegen-heiten, her mit Wöhs- und Schlaftuben für das bei den Bauern beschäftigte Gefinde.

5. Bezahlung aller Arbeitskünden, die über die tarifliche Arbeitszeit der Freiarbeiter hinausgehen, mit Ueberstunden-zuschlag.

6. Arbeitszeitpausen auch für die bei den Bauern beschäftigte Landarbeiterjugend (Knechte, Mägde) von mindestens einer halben Stunde Frühstück und Leiper sowie eine Stunde Mittag.

7. Für die Gefinde- und Melderjugend zwei völlig arbeits-freie Sonntage im Monat.

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau.

Bereitet mit uns gemeinsam den märkischen Land- und Forstarbeiteritag für den 25. und 26. Februar in Berlin vor. Organi-siert auf allen Gütern und in allen Dörfern Jugendversammlungen. Wählt überall Jugenddelegierte, die gewillt sind, für unsere Forde-rungen gemeinsam zu kämpfen.

Keine Gutsratswahl ohne Aufstellung eines Jugendvertreters, ohne Unterschied der Organisation.

Wählt überall Jugendvertrauensleute, die eure Interessen ver-treten.

Vorwärts zum Kampf, reißt euch ein in die Frontreier, die den Kampf führen für Freiheit und Sozialismus!

Proletarische Jugend im Kampf gegen Kriegsgefahr! Auf zur Jungarbeiter-Versammlung

Heute abend, um 20 Uhr, im „Märchenbrunnen“, Friedrichshain.

SAJler und Jungbannerkameraden, kommt und hört, was euch der KJVD zu sagen hat. Es spricht Theo Neubauer, MdR.

Wichtig! Antifriegs-Kongress!

Die Delegationsführer holen für ihre Delegationen die Delegiertenkarten

am Sonnabend, von 2—6 Uhr, im Lokal Schul-, Elisabethstraße 30, ab.

Einheitskomitee der Antifaschistischen Aktion Berlin-Brandenburg



Aschinger wählt rote Einheitsliste, Liste 2

nach der Ernennung von Hiltner vom Geschäftsführer zum Kontrollleur ernannt wurde, oder ein Geschäftsführer Hiltner eure Interessen vertreten werden?
Glaubt ihr, daß wenn wieder Verschlechterungen auf jedem Gebiete durchgeführt werden, diese Leute für euch kämpfen werden? Sie werden vielleicht dagegen kämpfen, wenn Ent-

lassungen vorgenommen werden, wenn wieder Lohnabbau durchgeführt wird, wenn wieder bei dem Essen für die Mädel geipart werden soll? Kein Klassenbewußter Kollege und Kollegin wird die Stimme für diese Unternehmerraketen geben, die von solchen Führern geführt werden, die zu Arbeitermorden aufrufen und reißlos im Dienste des Kapitals der Ausbeuter stehen.

Kampfprogramm

Die rote Einheitsliste muß bei Aschinger siegen, wo die Organisatoren der betrieblichen Kampfeinheit kandidieren, die den Kampf gegen Lohnabbau, Entlassungen und Faschismus führen, die den Kampf für saubere Eßräume, für eine abwechslungsreiche Kost, für menschenwürdige Behandlung, für die Innehaltung der tariflichen Essen- und Ruhepausen, für die hygienisch einwandfreien Wasch- und Toilettenräume und für eine allgemeine Verbesserung unserer Lebenslage führen.

wir nur so unsere Lebenslage verbessern können und die Gefahren des Faschismus abwehren.

Diese betriebliche Einheit können weder Leipart-Politiker noch Nazis herstellen. Die Organisatoren der betrieblichen Kampfeinheit sind die Kandidaten der roten Einheitsliste und diese Liste 2, beginnend mit Wilhelm Krosch, Kellner, Luise Rißmann, Ransell, Gustav Sigalte, Fahrstuhlführer, Franz Drogowski, Hausdiener, auf der außerdem noch Kellner, Köche, Metzger und Zapfer kandidieren, muß siegen.

Es lebe die rote Einheitsliste Liste 2, die Liste der Einheit und des Kampfes!

Warum rote Einheitsliste?

(Arbeiterkorrespondenz)

Faschisierung bei Aschinger droht



Vom 15. bis 18. Februar finden bei Aschinger die Betriebsrätewahlen statt. In der heutigen ungeheuren Lage und der verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse ist die Bedeutung der Betriebsrätewahlen und vor allem die Wahl von Vertretern aus den Reihen der Belegschaft sehr groß. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen genau überlegen, wen wir aus unseren Reihen als Vertreter in den Betriebsrat schicken, wer unsere Interessen am besten vertritt und wer bereit ist, für uns zu kämpfen.

Die Arbeiterklasse bei Aschinger muß heute mehr denn je auf dem Wachen sein, da heute mehr denn je die Faschisierung der Betriebe droht. Das bedeutet eine noch größere Entrechtung der Angestellten, einen Lohnraub, wie er noch nie zu verzeichnen war, eine gesteigerte Kastration der weiblichen Verkäuferinnen und Küchenmädchen, noch größere Verschlechterung der Logis- und Wohnverhältnisse und die grenzenlose Ausbeutung des Kellners mit einer Arbeitszeit von frühmorgens bis nachts.

Gegen diese Gefahren gilt es jetzt den allerstärksten Kampf aufzunehmen. Die drohenden Gefahren können nur durch eine geschlossene Einheit abgewehrt werden.

Auswirkungen der Leipart-Politik

Die reformistischen Betriebsräte, die die Politik eines Leipart im Betrieb durchzuführen, und unter dem Einfluß der SPD-Führer handeln, haben in den letzten Jahren immer wieder das Angebot der roten Arbeiterkräfte, eine kämpfende Einheitsfront zu bilden, abgelehnt. Sie wollten nicht dulden, daß die Arbeiter der SPD und des Zentralverbandes zusammen mit anderen Klassenbewußten Arbeitern und Angestellten gemeinsam kämpfen gegen alle Angriffe der Unternehmer. Ihre Politik war: Alles friedlich mit dem Unternehmer hinter dem Rücken der Belegschaft abschließen und alle Verschlechterungen kampflos annehmen.

Die katastrophale Verschlechterung unserer Lebenslage wurde nur durch diese Politik der reformistischen Führer ermöglicht. Seht euch den letzten Tarifvertrag an, wo mit der Zustimmung der Gewerkschaftsführer nicht nur die Garantieföhne bei Kellnern und Hilfskräften vereinbart wurden, sondern die vierstündige Pause wurde auch in die verlängerte Arbeitszeit eingeschaltet. Die Arbeitszeitverschlechterungen treffen die gesamten Belegschaften und bedeuten für alle Gruppen einen generellen Lohnabbau von durchschnittlich 10 Prozent.

Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler

Sie berechneten auch den offenen Hitlerfaschismus in Deutschland vor. In dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Cafés, Restaurants und Hotelangestellten, der im Januar 1933 erschienen ist, verurteilen sie noch stolz folgendes:

„Trotz der Erfahrungen der Folgezeit ist der Entschluß, bei der Wahl des Reichspräsidenten für Hindenburg einzutreten, als richtig anzusehen, weil die Entscheidung nur zwischen Hindenburg und Hitler lag. Nicht aus Sympathie für den Feldmarschall haben wir Hindenburg gewählt, sondern aus Haß gegen Hitler, der ein ausgesprochener Gegner der freien Gewerkschaften ist.“

Einige Wochen nach diesem Bericht hat ihr Hindenburg Hitler als Kanzler ernannt. So steht die Politik der SPD-Führer und Leipart-Gewerkschafter aus und darum sind sie gegen die kämpfende richtige Einheitsfront.

Da aber bei der Arbeiterschaft ein tiefer Wille zu dieser betrieblichen Einheit vorhanden ist, haben unsere Reformisten bei Aschinger, Kollegen, die die Einheitsfront immer wieder abgelehnt und verhindert haben, ihre Liste als „Einheitsliste“ eingereicht. Wir sind uns dessen bewußt, daß, wenn sie auch diese ernste und ehrliche Bezeichnung zur Forderung der Belegschaft angewandt haben, so werden sie damit die Klassenbewußt denkende Belegschaft von Aschinger von der wirklichen kämpfenden Einheitsfront nicht zurückhalten können.

Die kämpfende betriebliche Einheitsfront und ihre Vertreter, die auf dem Boden des Kampfprogramms der roten Einheitsliste stehen, die immer im Interesse der Gesamtbelegschaft gehandelt und gekämpft haben, reichen euch Kollegen und Kolleginnen, die ihr noch unter dem Einfluß der Leipart-Beute steht, die Bruderhand. Wir müssen die Einheit herstellen, weil die Gefahren fürchtbar sind.

Die entlarvte NSBD.

Seht euch die Naziliste an, die jetzt bei Aschinger Morgenluft mitern. Abgesehen von einigen irreführenden Kollegen, die ebenso liegen werden wie Klassenbewußte Proleten, wenn es die Profitinteressen der Aschinger AG verlangen, stehen an der Spitze dieser Naziliste die üblichen Leutehändler und Denunzianten. Irreführende NSBD-Proleten, glaubt ihr, daß ein Wendorf, der

Antreiber als Nazikandidat

Nazikurs bei Aschinger AG., die von Antifaschisten Millionen verdient

(Arbeiterkorrespondenz)



Wenn die Naziproleten von Aschinger noch irgend welche Hoffnungen hatten, daß der Nationalsozialismus etwas, im Interesse der Arbeiterschaft bedeutet, wurden sie durch die aufgestellte Naziliste sehr bitter enttäuscht. Vor allem der Umstand, daß der Nazi-Geschäftsführer Wendorf nach der Ernennung Hiltners zum Reichskanzler zum Kontrollleur ernannt wurde, hat schon manchen Stuhlgang gemacht, aber

daß dieser Menschenhändler und Streber Spitzenkandidat der Naziliste wurde, das zeigt schon jedem, welche Ziele die NSBD hat.

Dieser Mensch schikaniert und treibt sämtliche Angestellten an, und in seiner Aufgeblasenheit geht er so weit, daß er

verlangt, wenn er mit einem Mädchen spricht, das eben am Mittagstisch sitzt, daß es aufsteht und vor ihm strammsteht. Und dieser Mensch ist der Spitzenkandidat der Nazi-Angestelltenliste. Dieser Ausbeuternazi soll die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten.

Ein Kandidat der Naziliste ist auch der Geschäftsführer Hiltner von der 30. Quelle. Dieser Nazi ist ein strammer SA-Mann und seine SA-Bilder zeigt er stolz jedermann. Er hat sicherhaft daran gearbeitet, daß diese Naziliste zustande kommt und hat bei dieser Arbeit nicht nur ständig das Telefon der Firma benutzt, sondern auch einen Hausdiener zu diesem Zweck in Anspruch genommen.

Glaubt ihr, Nazikollegen und -kolleginnen, daß solche Leute, solche Antreiber als Betriebsräte geeignet sind. Jede vernünftige Kollegin und Kollege muß sagen, daß das nicht der Fall ist. Keiner Stimme für diese Liste, die klar zum Ausdruck bringt, daß die NSBD nicht die Interessen der Arbeiter, Angestellten, sondern die Interessen der Unternehmer vertritt.

Darüber hinaus zeigt die Ernennung dieses Nazis, daß bei Aschinger der Hitler-Kurs steigt. Das ist eine unerhörte Provokation des ganzen wertvollen Bestandes, wo Hunderttausende antifaschistischer Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Kleinbürger tägliche Gäste von Aschinger sind.

Nazikandidat arbeitet umsonst

Denunzianten und Kowboys sollen die Interessen der Kollegenschaft vertreten

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Auf der Naziliste von Aschinger stehen nicht nur Antreiber als Kandidaten, sondern auch andere saubere Elemente. Zum Beispiel ist auch der Kellner Max Hermann Kandidat auf der Naziliste. Dieser Hermann war der Krawatte der Unternehmer gegen den Kollegen Drogowski, der roter Betriebsrat war, gegen den die Firma wegen Amtsenthebung vor dem Arbeitsgericht Klage eingereicht hatte.

Kann, dieser Unternehmensrat soll die Interessen der Kollegen vertreten? Glaubt ihr das, Naziproleten? Wenn nicht, dann wählt rote Einheitsliste!

Bei der Eröffnungsfest der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat die Aschinger-Direktion ein Essen für die Verwaltung veranstaltet, wo die Kellner aus der 30. Quelle an ihrem freien Tag umsonst feiert haben. Unter diesen Kellnern befand sich der jetzige Spitzenkandidat der Arbeiterliste der Nazis, der Kellner Cibrinus.

Glaubt ihr, Kolleginnen und Kollegen, daß dieser Mann eure Interessen vertreten kann? Wenn nicht, dann wählt rote Einheitsliste!

Der Hotelbedienter Reimann vom Hotel Fürstenhof ist auch ein Kandidat der Naziliste. Dieser Mann erdreistete sich, am 30. Januar 1933 einen Flugblattverteiler der SPD, tätlich anzugreifen, zu verprügeln und ihm die Flugblätter abzuschneiden. Es war ein erbärmliches Bild, als dieser Mensch in Verzweiflung als Kowboy betätigt.

Solche Elemente sollen eure Interessen vertreten, Naziproleten von Aschinger? Wir glauben es nicht. Im Gegenteil. Die Naziherrschaft, die Faschisierung der Betriebe bedeutet eine Vermahnung der Angestelltenchaft, wo solche und ähnliche Elemente mit der Peitsche in der Hand die „Ordnung“ aufrechtzuerhalten beauftragt sind.

Verzehrt eure Kräfte für den Sieg der roten Einheitsliste, für die kämpfende Einheit gegen den Faschismus!

Frauentafelnen bei Aschinger

Die Aschinger-Arbeiterinnen für die rote Einheitsliste

(Arbeiterinnenkorrespondenz)



Wir haben schon sehr viel darüber berichtet, welche unerbörten Zustände bei der Firma Aschinger durch den Wohnungsmangel herrschen. Diese mittelalterliche Melodie wirkt sich bei den weiblichen Angestellten katastrophal aus. Die Mädel müssen zu vier und fünf Personen in einem engen Zimmer hausen, was in jeder Hinsicht viel zu wünschen übrig läßt, und dafür gießt man uns pro Woche 3 Mark vom Lohn ab.

Die Aschinger-Direktion verdient Kleingelder auf unsere Kosten und dafür müssen wir als Sklavinnen in diesen köstlichen hausen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit, wo wir vor der Be-

triebsratswahl stehen, nicht viel über diesen unerhörten Zustand schreiben. Man könnte noch über die Schikanen, über die mangelhafte Qualität des Essens, über die Beschränkung unserer persönlichen Freiheit viel schreiben. Aber: jede Aschinger-Angestellte spürt an eigenen Leiden, was diese Zustände bedeuten.

Wer hat gegen diese Zustände etwas gemacht? Was haben die reformistischen Gewerkschaftsführer dagegen getan? Was haben unsere reformistischen Betriebsräte dagegen getan? Wir wissen auch nichts darüber, ob der Nazipitzenkandidat Wendorf, der in unverhältnismäßiger Art und Weise die Mädel behandelt, sich dagegen entzweit hätte.

Nur die roten Betriebsräte sind immer mutig dagegen aufgetreten. Nur die „Rote Fahne“ hat ständig diese Zustände enthüllt und nur die Kandidaten der roten Einheitsliste vertreten den betrieblichen Kampf und die betriebliche Einheit gegen diese Zustände.

Darum, weibliche Angestellte von Aschinger, für uns kommt nur die rote Einheitsliste, Liste 2, in Frage. Wir wählen alle rote Einheitsliste.

Ein Schlag in die Fratze der faschistischen Presse: Wir antworten dem „Völkischen Beobachter“ auf seine Schmiererei über die Pariser Kommune!

Die Proklamierung der Kommune

Der „Völkische Beobachter“ hat es für nötig gehalten, in seine Kampagne gegen den Bolschewismus auch eine Lügengeschichte Sudelei gegen die Pariser Kommune 1871 einzuflechten. Das Blatt, das jeden Arbeitermord der SA. beschönigt, ja verherrlicht, hat die Frechheit, sich darüber zu beschweren, daß die Pariser Kommune einige Geiseln erschößt, nachdem die Gegenseite, die Versailler Reaktion, viele Gefangene Kommunarden auf die grausamste Weise umgebracht hatte.

Es charakterisiert die ganze Milde der Kommune und gleichzeitig die barbarische Grausamkeit der SA.-Führer, daß die Kommune in ihrem zweimonatigen Kampf auf Leben und Tod bei weitem nicht so viele Geiseln erschößt, wie die SA. in den letzten zwei Wochen in Deutschland wehrlose Arbeiter niedergemetzelt hat. Zu milde, zu großmütig, zu weltherrig waren die Pariser Arbeiter, die das ganze Kapitalistenpack nach Versailles entweichen ließen, damit es von dort aus gemeinsam mit Bismarcks Offizieren die Vernichtung der Kommune und die Ermordung von über 20 000 Männern, Frauen, Kindern nach der Niederwerfung der Kommune betreiben konnte.

Mag der „Völkische Beobachter“ sich mit dieser Versailler Reaktion solidarisieren. Er schlägt damit nur seinem eigenen Pseudonationalismus kräftig ins Gesicht; denn die Söhne der Reaktion von Versailles haben 48 Jahre später im Spiegelsaal des dortigen Schlosses Deutschland zerstückelt. So gewinnt die Beschimpfung der Pariser kommunistischen Arbeiter und die Solidarisierung mit ihren Feinden noch einen ganz besonders niederträchtigen Anstrich. Wenn es gegen Arbeiter geht, dann vergißt das völkische Gesindel alle nationalen Differenzen, dann einigt und vereint es sich mit den Versailler Räufern.

Ruhm und Ehre den Pariser Kommunarden, den Vorläufern der proletarischen Weltrevolution des 20. Jahrhunderts! Schande und Schmach über das Hakenkreuzgesindel, das als Anwalt der französischen Profitschieber in die Schranken tritt!

„Sie blieb in der Geschichte unsterblich, denn sie hat als erste die Idee der Diktatur des Proletariats in der Tat verwirklicht.“

Lenin

Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschrieben in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Arbeiterklasse schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.

Karl Marx

(Adresse des Generalsrats über den Bürgerkrieg in Frankreich 1871.)

Seien Sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, steht auf Paris. Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa und noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Lob der Rot und dem Müßigganger der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein wird.

August Bebel

(August Bebel am 25. Mai 1871 im Reichstag.)

Auf die Frage, die sich unvermeidlich ergeben muß: Wer wird die fünf Milliarden Kriegsschadigung bezahlen? Wer die zehn Milliarden Kriegsschadigen? erwidert Versailles ohne Zögern: Die Arbeiter! Paris erwidert unerschüttert: Das Kapital!

Die Führer und Kämpfer der Kommune

Die Führer und Kämpfer der Kommune wurden in der Weise nicht nur der Versailler, sondern der ganzen bourgeoisen Welt mit den üblichen Verleumdungen überschüttet. Charakteristisch ist eine Notiz vom 22. April im „Journal officiel“ von Versailles:

„Paris will Frankreich beherrschen; wer beherrscht Paris? Der Amerikaner Cluseret, der Preuze Kranke, der Russe Dombrowski, der Litauer Branikowski, der Italiener Romanelli, Dölo-witz, der für einen Polen gilt, und sie sind noch dazu fast alle von hiesigen Landsleuten verlehnt oder bespottet worden.“

Dieser Versuch und ähnlicher, gegen die fremden, vaterlands-lojen Gesellen“ zu haben, blieben ohne Wirkung.

Malon („La Troisième Défaite du Proletariat Français“, Neuchâtel 1871) und der bürgerliche Historiker Louis Fiaux („Histoire de la guerre civile de 1871“, Paris 1879) bringen in ihren Büchern einige Charakteristiken der führenden Persönlichkeiten der Kommune, Fiaux schrieb: „Betrachten wir einmal das Leben dieser Arbeiter und Publizisten! Wer von ihnen hatte nicht Fleiß, Fleiß und Verstand gelernt?“

Da ist Assi, freiwilliger Rekrut mit sechzehn Jahren, mit neunzehn Jahren Deserteur, Freiwilliger unter Garibaldi. Nach der Amnestie kehrt er nach Frankreich zurück und tritt als Mechaniker bei Creuzot ein, zwei Jahre später wird er davon-gejagt, weil seine Kollegen ihn zum Verwalter einer aus den Abgüssen von ihrem Lohn gegründeten Unternehmungsgasse gewählt haben.

Da ist Barial, der Typus des muskulösen Arbeiters. Mit neunzehn Jahren ist er Rekrut, mit fünfund-zwanzig Jahren Unteroffizier. Er quittiert den Dienst und wird Mechaniker. Mit verschiedenen kleinen Unternehmungen verdient er ungefähr 12 000 Franken in mühseliger Arbeit und durch große Sparsamkeit. Er erfindet eine Gasmaschine und ruiniert sich dabei. In einer Dachkammer in der letzten Etage hausend, schläft er auf Stühlen; nachdem er wieder Arbeiter geworden ist, geht er am Vorabend des Lohntages nicht nach Hause und schläft Nacharbeit vor, weil kaum noch genug Geld da ist, um das Brot für seine Frau und sein Kind zu schaffen.

Da ist Malon, Sohn armer Eltern aus Le Forez, bei Saint-Etienne, abwechselnd Raubjäger und Färbearbeiter in Villecauz. 1868 verurteilt ihn die kaiserliche Justiz wegen seiner Beteiligung an der Internationalen zu Gefängnis.

Da ist Perlin, Sachverständiger, vielleicht der bemerkens-werteste Kopf, den die Ereignisse des März in den Vordergrund gerückt haben. Auch er hat sich, einzig und allein durch die Bemühungen eines hartnäckigen Arbeiters, selbst seine Bildung geschaffen, er hat einen klugen und nachdenklichen Verstand. 1868 wird er als einer der tüchtigsten Gründer der Internationalen ins Gefängnis geschickt.

Und wie viele noch!

Die vorliegende Seite ist zusammengestellt auf Grund des Materials, das in dem Buch „Pariser Kommune 1871“ (Neuer Deutscher Verlag) enthalten ist.

„Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungs-fähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Ar-bei-ter-klas-se, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Betätigung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

Karl Marx in der Adresse des Generalsrats über den Bürgerkrieg in Frankreich 1871.

Es lebe die Kommune!

Am 28. März 1871 erfolgte die Proklamierung und die Konstituierung der Kommune von Paris, deren spontane Feier vor dem Stadthaus Arthur Arnould beschränkt:

„Auf einer vor dem Stadthaus errichteten, mit roten Tüchern ausgelegten Estrade hatte man einen langen Tisch aufgestellt. an dem die Mitglieder des Zentralkomitees, sämtlich in der Uni-form der Nationalgarde, über der Brust die rote Schärpe mit den silbernen Franke, saßen.

Die Statue Heinrich IV. hinter ihnen verschwand unter einer Fülle roter Fahnen.

Ohne daß Plätze angesprochen worden waren, ohne daß, wenn ich mich nicht irre, außer einer einzigen Zeile im „Journal officiel“ irgendein Aufruf an die Massen ergangen war, strömten über 100 000 Nationalgardisten, die rechtzeitig davon erfahren hatten, auf dem Platz zusammen und füllten sämtliche benachbarten Straßen.

Auf den Barrikaden, die die Menge gestützt hatte, sah man ganze Menschentrauben hängen.

Neugierige blickten aus den Fenstern und sogar von den Dächern der aristokratischen Häuser in der Rue de Rivoli. Die Fenster der ersten Etagen waren zum größten Teil hermetisch verschlossen. Die Bewohner waren abwesend oder schmolzen.

Brüchiger Sonnenschein beleuchtete dieses imposante Schauspiel, ließ die Bajonette und die goldenen oder silbernen Treifen der Offiziere erglänzen, schiederte blendende Lichtfluten über die Fahnen aller der längs des Gitters aufmarschierenden Bataillone, über die vielfarbigen Fahnen, denn die rote, von der Fiedler- oder der phrygischen Mütze übertragene Fahne hatte noch nicht überall die Tricolore von Sedan und Versailles erlösen können.

Als das Zentralkomitee die Namen der gewählten Kommune-mitglieder verkündete, als die Geschütze mit ihren plötzlichen Salven die ganze Stadt erzittern ließen, drang aus 100 000 Kehlen ein solcher Jubelschrei, eine so einmütige, so auffallende Zustimmung zur Republik und zur Kommune, daß keiner, der an dieser Feier teilgenommen hat, sie je wird vergessen können, und möge er Jahrhunderte leben.

100 000 Flinten, 100 000 Blitze entsendend, flogen über 100 000 entläßt Köpfe empor, der Schwur eines ganzen Volkes, zu fliegen oder zu sterben.

Diese 100 000 Mann, die 200 000, die sich am kommenden 2. April, sowie sie von dem Angriff der Versailler hörten, zum Kampfe erhoben, sie waren also die Handvoll Aufstörer, das häußlein ehemaliger Straflinge, das Thiers der unwillkürlichen und bestrigten Provinz denungerte.“

Die Kommune verfügt!

In den zehn Tagen seiner provisorischen Herrschaft hatte das Zentralkomitee in Fragen, die keinen Aufschub duldeten, eine Reihe von Verfügungen erlassen müssen, die jetzt von der Kommune in ihre ersten Dekrete aufgenommen wurden. Bereits am 20. und 21. März verkündete das Zentralkomitee durch das „Journal officiel“:

„Der Besetzungszustand im Seine-Departement ist aufgehoben.

Die Kriegsgerichte des stehenden Heeres sind aufgehoben. Für alle politischen Verbrechen und Delikte wird eine all-gemeine und volle Amnestie erlassen.

Die Gefängnisverwaltung haben den Auftrag erhalten, alle politischen Gefangenen sofort in Freiheit zu setzen.

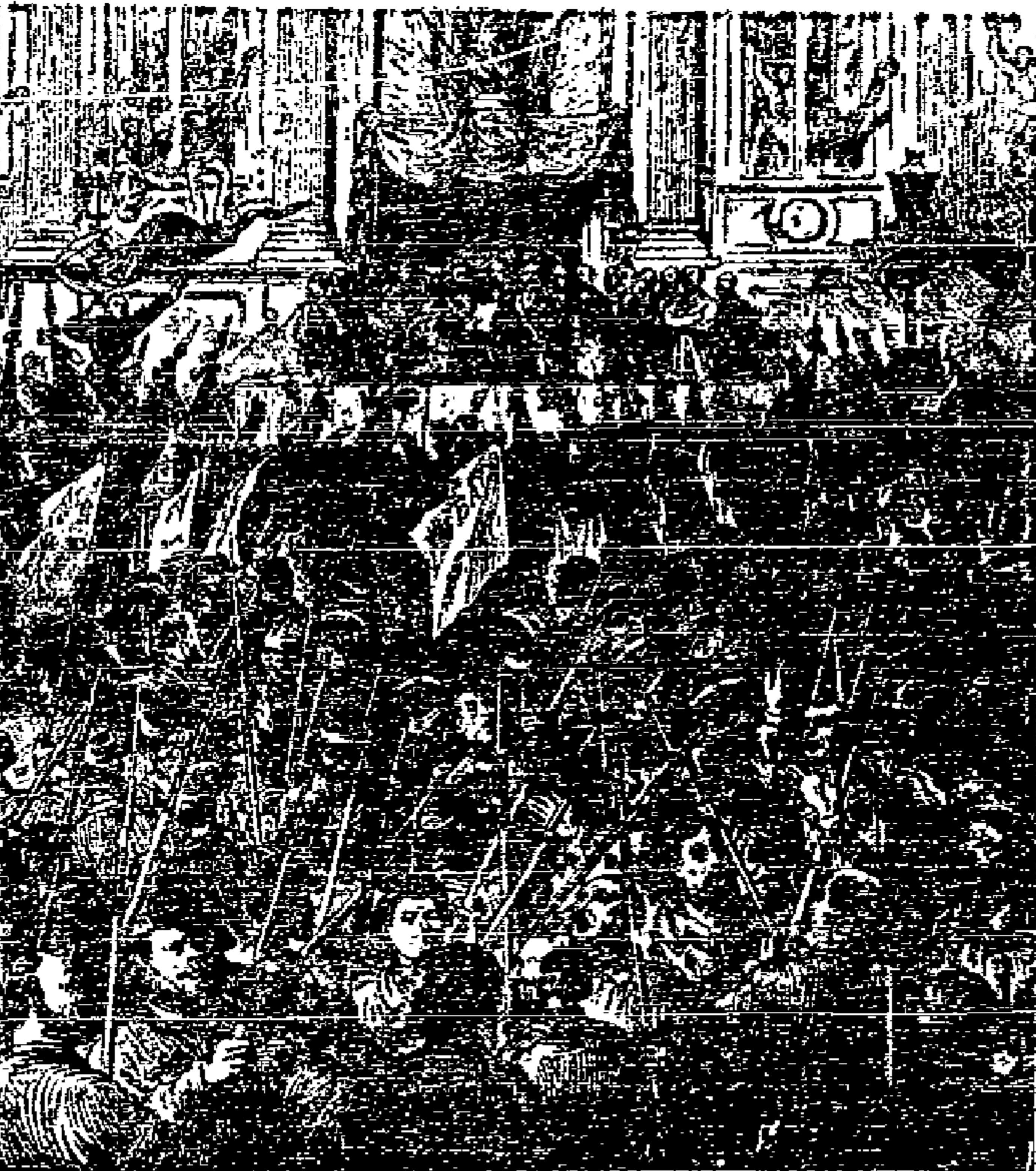
Der Erlaß über den Verkauf der in den Volkshäusern ver-pfändeten Gegenstände wird mitgeteilt.

Die Verkaufstermine der Monatswechsel werden um einen Monat verlängert.

Sis auf weiteres dürfen, einzig und allein damit die An-gehrigkeit erhalten bleibe, Hausrenten und Hotelbesitzer ihren Mietern nicht kündigen.“

Die Kommune von Paris erließ gleich bei ihrer Konstituierung am 29. März folgende Dekrete:

- „Die Kommune von Paris verordnet:
 - 1. Die Konstitution ist abgeschafft.
 - 2. Außer der Nationalgarde darf keine bewaffnete Macht in Paris geschaffen oder zugelassen werden.
 - 3. Alle wehrfähigen Bürger gehören der Nationalgarde an.“
- „Die Kommune von Paris, in Erwägung, daß die Arbeit, die Industrie und der Handel alle Kriegskosten zu tragen haben, daß



es gerecht ist, wenn auch das Eigentum dem Saube Opfer bringe, verordnet:

Art. 1. Sämtlichen Mietern wird die Zahlung der Mieten für die Termine Oktober 1870, Januar und April 1871 erlassen.

Art. 2. Sämtliche von den Mietern in den neun Monaten bezahlten Summen sind auf die künftigen Termine anzurechnen.

Art. 3. Ebenso wird den Bewohnern möblierter Räume die Zahlung der fälligen Mieten erlassen.

Art. 4. Alle Verträge sind nach Belieben des Mieters während einer Dauer von sechs Monaten, gerechnet vom Datum dieses Dekretes, kündbar.

Art. 5. Sämtliche ausgesprochenen Kündigungen werden auf Verlangen des Mieters um drei Monate hinausgeschoben.

Bemerkung: Ein besonderes Dekret wird die Frage der Hypothekenzinsen regeln.“

„Die Kommune von Paris verordnet:
Erster und einziger Artikel. Der Verkauf der in den Volkshäusern hinterlegten Gegenstände ist untersagt.“

Über diese ersten Dekrete schrieb Elie Reclus in seinem Tagebuch unter dem 2. April 1871:

„Die Bevölkerung von Paris, die zu neunzehn Zwanzigstel aus Mietern besteht, ist von diesem ersten, so klaren, so einfachen und radikalen Dekret begeistert. Kein Verstand, so stumpt, daß er das nicht versteht, kein Hintertüchlein für Spitzfindigkeiten und Ausflüchte: Da die Mieter nicht zahlen können, werden sie nicht zahlen. So spricht die Pariser Kommune. Während die Versammlung in Bourdeaux und Versailles Diskussionen auf Diskussionen und Gesekentwürfe auf Gesekentwürfe häuft, um das Problem zu lösen.“

Diese Mietenfrage ist keine Kleinigkeit: Die Zahl von 500 Millionen für die jährlich fälligen Mietzinse ist nicht übertrieben, eine Zahl von 400 Millionen noch viel wahrscheinlicher. Die Pariser Kommune beseitigt die Schwierigkeit nach einer dreiviertelständigen Diskussion durch ein Dekret von drei Zeilen; Versailles beschäftigt sich zwei Monate lang mit Gesekentwürfen und Gegenentwürfen und ist noch immer nicht am Ziel. Vom ersten Tage an, von der ersten Handlung an offenbart sich der Gegensatz zwischen den beiden Körperschaften: Als lege man ein weißes Band neben ein schwarzes Band. Paris ist revolutionär, Versailles ist monar-chistisch und bourgeois.

